

Stadtverwaltung Schorndorf - Fachbereich Gebäudemanagement, Robert-Bosch-Str. 9, 73614 Schorndorf

Stadtverwaltung Schorndorf -
Fachbereich Gebäudemanagement
Zentrale Vergabestelle
Robert-Bosch-Str. 9
73614 Schorndorf

Fax

Email
vergabestelle@schorndorf.de

Ihre Anfrage vom

Vergabenummer
FB50_2026_01

Telefon
+49 71816022633

Datum
29.04.2026

**Rahmenvereinbarung - Sicherheitsdienstleistungen in der Anschlussunterbringung
Schornbacher Weg in Schorndorf
Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, die in der anliegenden Beschreibung bezeichneten Leistungen durch ein Offenes Verfahren nach VgV zu vergeben. Es gelten die beigefügten Bewerbungs-, Vergabe- und Vertragsbedingungen.

Ende der Angebotsfrist
Ende der Zuschlags- und Bindefrist
Bestimmungen über die Ausführungsfrist

02.06.2026 10:00 Uhr
30.06.2026
Die Laufzeit des Vertrages beginnt am:
01.07.2026.
Die Erstlaufzeit erstreckt sich über: 2 Jahre.
Die Laufzeit verlängert sich bei Nichtkündigung
automatisch um: 1 Jahr. Die maximal
zulässige Vertragslaufzeit beträgt 4 Jahre. Das
Vertragsverhältnis endet somit spätestens am:
30.06.2030.

Die Kündigungsrechte richten sich nach den
Bestimmungen der VOL/B. Nach Erreichen der
maximal zulässigen Vertragslaufdauer von 4
Jahren gilt das Vertragsverhältnis automatisch
als beendet.
Eine außerordentliche, fristlose Kündigung ist
nur aus wichtigem Grund möglich.
01.07.2026

Beginn der Liefer- / Leistungsfrist

Ende der Liefer- / Leistungsfrist
Liefer- / Leistungsort

30.06.2030
Schorndorf
DE
DE116

Bitte beachten Sie die Zusammenstellung der einzureichenden Nachweise am Ende dieses Schreibens.

Bei Bietergemeinschaften sind alle jeweiligen Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter zu benennen. Sie müssen insgesamt die Eignungskriterien erfüllen.

Wenn Sie beabsichtigen in Bezug auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe nach § 47 VgV) in Anspruch zu nehmen, sind diese Unternehmen zusammen mit den jeweils erfüllten Eignungsanforderungen zu benennen.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Zuschlagskriterien ergeben sich aus den beigefügten Vergabeunterlagen.

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber oder Bieter an folgende Stelle (Vergabekammer) wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Annemarie Streit Regierungsdirektorin
Kapellenstraße 17
76137 Karlsruhe

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Ihr Angebot können Sie elektronisch in Textform oder mit fortgeschrittener Signatur oder mit qualifizierter Signatur einreichen.

Zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen und diese Angebotsaufforderung sind spätestens bis zum 22.05.2026 bei dem oben genannten Auftraggeber anzufordern.

Bis zum Ende der Angebotsfrist können Sie Ihr Angebot elektronisch über den Vergabemarktplatz "vergabeportal-bw (kommunal)" zurückziehen. Danach sind Sie bis zum Ablauf der Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

Die Vergabeunterlagen sind unter der in der EU Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abrufbar. Dort werden auch Antworten auf Bieterfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Angebots sowie vor Ablauf der Angebotsfrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Angebots zu beachten sind.

Interessenten haben die Möglichkeit, sich für das Verfahren freizuschalten/zu registrieren. Registrierte Unternehmen werden über die Veröffentlichung zusätzlicher Informationen und Unterlagen informiert. Eine Verpflichtung zur Registrierung besteht nicht.

Bekanntmachungs-ID: CXS0Y44YT8NQJFYM

Informationen zur elektronischen Rechnung:

Für eine elektronische Rechnungsstellung verwenden Sie bitte ausschließlich den Zentralen Rechnungseingang Baden-Württemberg, den Sie zusammen mit weiteren Informationen unter <https://service-bw.de/erechnung> erreichen. Ihr Rechnungsdokument muss dazu im Standard XRechnung oder einem anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format erstellt werden und im Feld Buyer-Reference (BT-10) unsere Leitweg-ID 08119067-A8469-82 aufweisen. Es gelten die über <https://service-bw.de/erechnung> einsehbaren Nutzungsbedingungen des Zentralen Rechnungseingangs Baden-Württemberg in der zum Zeitpunkt der Einbringung der elektronischen Rechnung gültigen Fassung.

Sollten Sie kein Angebot abgeben, entsteht Ihnen kein Nachteil. Für diesen Fall wird jedoch um eine kurze Mitteilung gebeten.

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung Ihres Angebotes nach der VgV.

Dieses Anschreiben ist zum Verbleib beim Bewerber bestimmt. Bitte senden Sie es nicht mit dem Angebot zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anlagen:

20260423 Preisblatt.xlsx
Anlage Bewertungskriterien Security.pdf
Leistungsbeschreibung Security.pdf
20260423 Rahmenvertrag Sicherheitsdienstleistungen.pdf
260323_Weitere Besondere Vertragsbedingungen.pdf
Komm DE (D) LTMG MinEntgelt.pdf
KEV 169 Info DSGVO.pdf
EZVB_Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.pdf
CSX 51 - Angebotsdeckblatt.pdf
CSX 51 - Angebotsdeckblatt.rtf
VVB 124_LD - Eigenerklärung zur Eignung Liefer-_Dienstleistungen 07-2019 - Fassung 2022.docx
VVB 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen 12-2017.docx
VVB 234 - Erklärung Bieter-_Arbeitsgemeinschaft 12-2017.docx
VVB 235 - Verzeichnis der Leistungen_Kapazitäten anderer Unternehmen 12-2017.docx
VVB 633 - Angebotsschreiben LD 07-2019.pdf
VVB 633 - Angebotsschreiben LD 07-2019.rtf
Eigenerklärung EU-Sanktionen VO 2022_576 - 2022-11.docx

CSX 59 - Eigenerklaerung Informationen zum Bieter.docx
VVB 244 - Datenverarbeitung 12-2017.docx
VVB 635 - Zusaetzliche Vertragsbedingungen 12-2017.docx
CSX 43 - Zusammenstellung einzureichender Unterlagen.pdf
VVB 632 EU - Bewerbungsbedingungen fuer die Vergabe von Leistungen - VgV 12-2017.docx
VVB 631 EU - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots EU - VgV 07-2019.pdf
VVB 236 - Verpflichtungserklaerung anderer Unternehmen 12-2017.docx

Zusammenstellung der einzureichenden Nachweise

Mit dem Angebot vorzulegende Nachweise

Bedingung an die Auftragsausführung

- Aufschlüsselung der kalkulatorischen Stundenverrechnungssätze mittels Priesblattes (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Eigenerklärung AEntG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zum AentG
- Eigenerklärung Sanktionspaket 5EU (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Eigenerklärung zur Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB und 124 GWB - im Formblatt VVB 124 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Unternehmensdarstellung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Allgemeine Angaben zu firmenspezifischen Arbeitsabläufen und Vorgehensweisen bezüglich:
 - a.) der Objektbetreuung und Arbeitsorganisation, Dokumentation der Objektleitungskontrolle.
 - b.) der Objektübernahme, Einweisung und Schulung der Mitarbeiter
 - c.) des Konzepts zu Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung (allgemeine Aussagen und Darstellung).
 - d.) Reinigungspläne, Geräteausstattung, Kenntnisse in Chemie und Desinfektion.
- Verpflichtungserklärung Mindestlohngesetz (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Vollständig ausgefüllte Eigenerklärung - im Formblatt VVB 124 (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Berufs- oder Handelsregistrauszug (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Als Nachweis der Befähigung und der Erlaubnis zur Berufsausübung gemäß §44 VgV: Nachweis der Eintragung in das Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter ansässig ist (z. B. Handelsregistrauszug), nicht älter als 6 Monate.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung aus der die derzeit gültigen Deckungszusagen ersichtlich sind und/oder die verbindliche Verpflichtung bei Zuschlagserteilung, die Mindestsummen auf
Die Mindestversicherungssumme beträgt
 - bei Personen- und Sachschäden mindestens 5.000.000,- EUR
 - bei Vermögensschäden mindestens 2.500.000,- EUR
 - bei Allmählichkeits- und Abwasserschäden mindestens 2.500.000,- EUR
 - bei Tätigkeitsschäden mindestens 2.500.000,- EUR
 - bei Schlüsselverlustrisiko mindestens 50.000,- EUR

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Referenzen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Referenzen über vergleichbare Leistungen aus den letzten 3 Geschäftsjahren mit mindestens folgenden Angaben: Ansprechpartner, Art der ausgeführten Leistung, Auftragssumme, Ausführungszeitraum

Sonstige Unterlagen

- DIN 77200 - Anforderung an Sicherheitsdienstleistungen (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- ISO 9001 Qualitätsmanagementsystem (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Nachweise

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Unbedenklichkeitsbescheinigung (mittels Eigenerklärung vorzulegen):
Unbedenklichkeitsbescheinigung des hauptsächlich zuständigen Sozialversicherungsträgers über die ordnungsgemäße Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder eine vergleichbare Bescheinigung der zuständigen Stelle des EU-Mitgliedstaates, in dem das Unternehmen ansässig ist, über die ordnungsgemäße Zahlung der Sozialversicherung (Ausstellungsdatum nicht älter als 6 Monate vom Tag der Angebotsfrist gerechnet, oder ggf. eingetragenes Verfallsdatum noch nicht eingetreten).
- Unbedenklichkeitsbescheinigung BG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Aktuelle Bescheinigung der Berufsgenossenschaft oder eine vergleichbare Bescheinigung der zuständigen Stelle des EU-Mitgliedstaates in dem das Unternehmen ansässig ist, über ordnungsgemäße Beitragszahlung zur Unfallversicherung (Ausstellungsdatum nicht älter als 12 Monate vom Tag der Angebotsfrist gerechnet).
- Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Als Beleg, dass die in § 123 Absatz 4 und § 124 Absatz 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen:
Bescheinigung der zuständigen Stelle des jeweiligen Staates, aus der hervorgeht, dass der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Staates erfüllt hat, in dem der Unternehmer ansässig ist (in Deutschland: Finanzamt)